



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuenger Konsumenteschutz)

Die ULC fordert den Erhalt der Bankfilialen und des Bargeldes

Die ULC bedauert, dass während den vergangenen Jahren bei den Banken und der Post immer mehr Zweigstellen den Sparmaßnahmen zum Opfer fielen.

„Your bridge to life“ steht z.B. auf der „mobilen Zweigstelle“ der Sparkasse, welche im Laufe der Woche jeden Tag eine andere Ortschaft bedient.

Jedoch bedeutet dies, dass dort, wo früher eine Filiale der Sparkasse war, welche die Kunden von montags bis freitags aufsuchen konnten, jetzt lediglich an einem Tag der Woche, und dies auch nur während zirka anderthalb Stunden, die gängigen Bankgeschäfte erledigt werden können.

Es ist kein Zufall, dass vor allem ältere, aber auch manche jüngeren Kunden, beim Sparkassenbus vorstellig werden, insbesondere, um Bargeld abzuheben oder Überweisungen zu tätigen.

Aber genau hier liegt das Problem. Vor allem die ältere Kundschaft haben Schwierigkeiten mit dem Onlinebanking und sind oft auf die Hilfe von Schalterbeamten oder auf die Hilfe von Familienmitgliedern oder Freunden angewiesen. Für die ULC ist die mobile Zweigstelle höchstens ein kleines Trostpflaster, ist aber kein vollwertiger Ersatz für die vielen Filialen, welche von der Sparkasse, der Post und anderen ansässigen Banken im Laufe der vergangenen Jahre geschlossen wurden. Zudem fielen auch manche Bankautomaten den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer.

Während die Pandemie diese Entwicklung zusätzlich beschleunigt hat, zeigt eine Studie, dass es in den kommenden Jahren zu einem weiteren Abbau der Bank- und Postfilialen kommen wird. Damit verschwindet immer mehr die Möglichkeit im nahen Umfeld an Bargeld zu kommen, beziehungsweise Überweisungen zu tätigen.

Gegen diese unsoziale Entwicklung und Rationalisierungsmaßnahmen protestiert die ULC aufs heftigste. Denn ein weiterer Abbau der Filialen trägt ebenfalls zu einer Verminderung der sozialen Kontakte und der Verödung der Ortschaften bei. Nach den Sommerferien hat die ULC u.a. zu diesem Thema eine Unterredung mit dem Syvicol vorgesehen.

Weiter protestiert die ULC erneut vehement gegen die Politik der Abschaffung des Bargeldes, die immer konsequenter betrieben wird. In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, welcher Kunde sich nicht unwohl fühlt, wenn er nicht ein Minimum an Bargeld in seiner Brieftasche weiß, auch wenn es nur darum geht, um eben unvorhergesehenen Situationen vorzubeugen?

Derweil steigen die Bankgebühren für die üblichen Transaktionen, wie Überweisungen, Geldeinzahlungen oder Abhebungen, falls überhaupt noch möglich, munter weiter. Bedenklich ist denn auch, dass es in Zukunft vermehrt sogenannte Neo Banken geben wird, welche über gar keine Schalter mehr verfügen.

Die von der ULC bereits seit Jahren geforderten gesetzlichen Regelungen zumindest der Gebühren für die gängigen Transaktionen, sowie der Absicherung von Bargeld, bleiben trotz der Interventionen der ULC beim Finanzminister und der vor einigen Jahren bei der Abgeordnetenkommission eingereichten Petition, aus. Es ist dies eine Politik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bankkunden.

Mitgeteilt von der ULC am 16.08.2021